

Voller Sieg der Linken in Spanien
Die Niederlage nach 1 1/2 Jahren wettgemacht
Neue Programmrede des poln. Ministerpräsidenten
Danziger Verfassungs-Verordnungen in einer Woche

DANZIGER

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, am Söndhaus 4, Fernsprechanruf der Geschäftsleitung 287 08, Schriftleitung 215 60, Bezugspreis monatl. 3.— G., wochentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.— G.— monatl.; für Postremisen 5.—. Adressen: 1 mm 0,18 G.; in Belgien 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,18 u. 0,80 Goldmark. — Abonnements u. Internataufträge in Polen nach dem Danz. Taecsturz
 27. Jahrgang Dienstag, den 18. Februar 1936 Nr. 41

Einhalb Jahre nach der Niederlage erobern die Republikaner die Cortes-Mehrheit

Sieg der Linken in Spanien

Spanien hat gewählt. Das Volk hat eine eindeutige Entscheidung gefällt und der Linken ein unergleichliches Verehrungsverdiktum erteilt. Die Linke hat sich mehr als verdoppelt, von 110 Mandaten ist sie nach den bisherigen Meldungen auf 238 gestiegen. Dieses Resultat hatte wohl kaum jemand erwartet, am wenigsten wohl der Führer der stärksten Regierungspartei, der katholischen Volkspartei, Gil Robles, der nicht einmal in Madrid ein Mandat erringen konnte. Noch vor wenigen Tagen hatte er auf einem der größten Plätze der Hauptstadt ein Bild von sich in riesenformat anbringen lassen und darunter großsprechernd geschrieben: Gebt mir eine große Macht, und ich gebe euch ein großes Spanien! Mit dem Bild aus Madrids Straßen ist nun auch Herr Robles am Sonntag von der politischen Bühne verschwunden. Die bisherige Regierung hat keine Mehrheit, ebenso bestehen keine Aussichten für eine Regierung des Rechtsblocks, der innerlich zerrissen und durch seine bisherige politische Tätigkeit moralisch geschwächt in den Wahlkampf gezogen war.

Der Linksblock hat unter Führung der Sozialisten den spanischen Faschismus, der im Rechtsblock in mehreren Schattierungen wirkte, geschlagen. Die Arbeiterschaft ist nach ihrem Helmschlag vom Oktober 1934, als ähnlich wie in Wien im Februar des gleichen Jahres die Regierung Kanonen gegen die für die Freiheit kämpfenden Arbeiter schickte, in einem großartigen Kampfsieger wieder aufgestanden und bildet, nun auch äußerlich wieder einheitlich, einen Machtfaktor, der die Beschlüsse des Landes entscheidend beeinflussen wird. Dabei waren die Bedingungen des Kampfes trotz scheinbaren Gegenkommens des Ministerpräsidenten Balladras denkbar ungünstig: die Presse war bis zur Eröffnung des Wahlkampfes verboten, ebenso Versammlungen; die Führer der Arbeiterschaft lagen zu Tausenden in den Kerker, Füge und Verleumdung wurde von den Parteien der Macht über die Freiheitskämpfer von 1934 verbreitet, die Mittel der öffentlichen Propaganda standen Herrn Robles und Genossen zu freier Verfügung. Und doch ist der kämpfende Linke der große Schlag gegen ein korruptes System, unter dem die Bevölkerung in immer elendere wirtschaftliche Verhältnisse geführt wurde, gelungen.

Zwei Umstände haben die Entscheidung herbeigeführt: die Einigkeit des Linksblocks in der Zielfestlegung und das Versagen des Rechtsblocks. Wir wissen zunächst bei diesem zweiten, dem Negativen. Zahlreiche Korruptionsskandale, in die hohe Persönlichkeiten des Systems verwickelt waren, haben den moralischen Kredit der Regierung völlig untergraben, nachdem das Vertrauen zu ihren Fähigkeiten der Wirtschaftsführung durch die ungünstige Entwicklung der Wirtschaft die steuerliche Belastung der breiten Massen schon arg beschädigt war. Weiter waren die Verleumdungen, die über Führer und Anhänger des Linksblocks ausgekreut waren, in dem Urteil der Bevölkerung bald als solche erkannt; die Wirkung war eine entgegengesetzte wie beabsichtigt. Dann trat der deutliche Unterschied des allgemeinen Lebensniveaus unter den Regierungen des Rechtsblocks und der Linken, die eine volkfreundliche Politik unter Belastung des Großbürgertums geführt hatte, bevor sie den faschistischen Besatzungen zum Opfer gefallen war, immer stärker hervor.

Dem System der Interessenpolitik stellte die Linke, Sozialisten, Sozialisten, Radikalsocialisten und oppositionelle Radikale, ein Programm gemeinsamer Mindestforderungen entgegen, das die Zustimmung des Volkes gefunden hat. Produktive Arbeitbeschaffung, steuerliche Gerechtigkeit, Rechtssicherheit, Wiederherstellung des demokratischen Lebens in der Politik, Befreiung der politischen Führer, Zusammenarbeit in der Staats- und Wirtschaftsführung, Herstellung des Gleichgewichtes zur Ausführung der für die Befreiung des Landes notwendigen Gelder. Dieses Programm war eine Regierung des Linksblocks vermögenslos, und das Volk hat der Linken das Mandat dazu gegeben. Im letzten Kampf hat die Regierung einen Alarmzustand verhängt und Panzerwagen gegen den Freundschaftsbruch der Bevölkerung aufmarschieren lassen. In wenigen Tagen wird diese Gräueltat verschwunden sein, denn Spaniens Schicksal hat sich am Sonntag entschieden.

In wenigen Wochen wählt auch Frankreich; diese Entscheidung ist nicht zweifelhaft. Und gibt es denn bessere Zeugen gegen den Faschismus als die Entscheidungen des Volkes in Wahlen?

Auf Grund der bisherigen Wahlergebnisse ist damit zu rechnen, daß die Linksparteien, die bisher über 110 Parlamentenmandate verfügten, im neuen Parlament ihren Stand auf 200 bis 220 Mandate bringen werden. In Madrid haben die Linksparteien ein Übergewicht von 30000 Stimmen gegenüber den Rechten. Unter den in Madrid gewählten Kandidaten des Linken Blocks befinden sich der Vorsitzende der Sozialdemokratischen freien Gewerkschaften und Führer des linken Flügels der spanischen Sozialdemokratie, Largo Caballero, der Führer des gemäßigten Flügels dieser Partei, Besteiro, der ehemalige Ministerpräsident, Vertreter der republikanischen Linken, Azana, der Vertreter der bürgerlichen Linken, Martinez Barria. Der Führer der katholischen Volkspartei, Gil Robles, ebenso der Monarchist Calvo Sotelo haben in Madrid keine Mandate errufen. Bemerkenswert ist auch der Sieg der Linken

in Murien, wo im Oktoberaufstand des Jahres 1934 unter vielen Opfern besonders heftig gekämpft wurde.

Die endgültigen offiziellen Ergebnisse der Wahl sind noch nicht bekannt. Nach den bisherigen Ergebnissen hat die Linke 238 Mandate erhalten, was eine absolute Mehrheit von einer Stimme bedeuten würde. Es ist aber durchaus möglich, daß die endgültigen Ergebnisse für die Linke sich noch günstiger gestalten werden.

Die weiteren Ergebnisse der Wahlen weisen darauf hin, daß die Linke der Vereinigten Linken über eine absolute Mehrheit im neuen Parlament verfügen wird. Ueber die Straßen von Madrid ziehen ungeheure Mengen von Demonstranten mit der Forderung zur

Wachstumsregung durch die Sozialisten, wie auch mit der Forderung einer allgemeinen Amnestie für politische Gefangene. Große Menschenmengen versammelten sich in der Nähe der Gefängnisse und forderten die Freilassung der Häftlinge. Es kam dabei zu einigen Zusammenstößen mit dem Militär. Auf den Straßen werden Aufrufe verteilt, die die Manifestanten zur Bewahrung der Ruhe ermahnen, um den politischen Gegnern keinen Anlaß zu Repressalien zu geben.

Am Montag herrschte vom frühen Morgen in Madrid große Erregung. Vor den Hauptquartieren der Linksparteien versammelten sich große Menschenmengen mit Rufen: „Es lebe die Republik“. Um 11 Uhr versammelte sich eine Menge von vielen Tausenden von Menschen im Vorort Cuatro Caminos und zog zum Zentrum der Stadt unter Führung der Internationale und Hochrufen auf die Republik. In den ersten Reihen trug man Transparente mit der Forderung einer vollständigen Amnestie für politische Gefangene. Viele Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt und sich dem Zug angeschlossen.

Wiedereröffnung der Volkshäuser Ministerpräsident Balladras hat die Führer der Sozialisten, Largo Caballero und Alvarez del Vano, zu einer Unterredung und erklärte ihnen, daß das seit 1931 geschlossene Volkshaus sofort freigegeben werde. Die Sozialisten teilten dies den auf dem Platz Puerta del Sol versammelten Menschenmassen mit. Die Nachricht rief ungeheure Begeisterung hervor.

Nach der Unterredung mit den Führern der Sozialisten und der Freigabe des Volkshauses in Madrid ordnete Ministerpräsident Balladras die sofortige Freilassung sämtlicher politischer Gefangener wie auch die Erlaubnis zur Rückkehr der politischen Emigranten nach Spanien an. Die Befreiung der Häftlinge aus den Gefängnissen hat sofort eingesetzt.

Die Antwort der Regierung: Alarmzustand

Der Ministerrat hat am Mittag beschlossen, über ganz Spanien den Alarmzustand zu verhängen. Der Mini-

sterpräsident Balladras wurde ermächtigt, den Kriegszustand in den Provinzen zu erklären, wo diese Maßnahme notwendig erscheint. Die Familie des Staatspräsidenten hat ihre Privatwohnung verlassen und ist in den Nationalpalast übergesiedelt, um Befestigungen aus dem Wege zu gehen. Der Ministerpräsident erklärte, daß der

Volkswille unbedingt respektiert würde. Ebenso aber würde er die Ordnung im Lande mit allen Mitteln aufrechterhalten.

In den Vorstädten Madrids kam es zu Schießereien, wobei ein Toter und mehrere Verwundete am Platze blieben. Der Ministerpräsident hat über die Städte Huesca und Cadix sowie über einige weitere Orte den Kriegszustand verhängt.

Panzerwagen in Madrid eingesetzt Die spanische Regierung gab bekannt, daß der Alarmzustand zunächst auf acht Tage begrenzt ist. Die Pressezensur und das Versammlungsverbot sind wieder in Kraft gesetzt. Der Unterstaatssekretär des Innern hat die Führer der Linksparteien zu sich berufen und sie gebeten, Ausschreitungen der Massen zu verhindern. Panzerwagen fahren zur Aufrechterhaltung der Ordnung durch die Stadt.

Reaktionäre verlassen das Land Nach einer Sabotageaktion aus Gibraltar sind dort über 100 spanische Flüchtlinge ausgewandert, die ihr Land nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse in Spanien verlassen haben. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch der frühere spanische Innenminister im Kabinett Lerroux, Eloy Baquero. Die Hotels in Gibraltar seien bis auf den letzten Platz besetzt. Trotzdem liegen noch immer Hunderte von telephonischen Anfragen nach Hotelzimmern etc.

Neuer Gouverneur in Katalonien

Die erste Maßnahme des neuernannten Gouverneurs von Katalonien, Molas, bestand darin, ein Dekret über die Wiedereinführung der staatlichen Selbstverwaltung, die von dem Militär im Oktober 1934 aufgelöst wurde, zu erlassen. Um 13 Uhr begab sich der Bürgermeister von Barcelona, Carlo Pignone, zusammen mit seinen Mitarbeitern vom alten Staatsrat von 1934 nach dem Rathaus zur Übernahme der Macht. Die vor dem Rathaus versammelte Menschenmenge begrüßte den Bürgermeister mit lebhaften Ovationen. Pignone trat auf den Rathausbalkon und hielt eine Ansprache, in der er zur Bewahrung der Ruhe und Ordnung mahnte. Die Wiederkehr der Stadtverwaltungen in Katalonien, sagte der Redner, sei das erste Ergebnis des Wahlsieges der Linken in Katalonien. Wir hoffen, daß es nicht lange dauern wird, bis wir in unserer Mitte die Mitglieder der legalen katalonischen Regierung, die sich zur Zeit noch im Gefängnis befinden, unter uns haben werden.

„Klärung nach innen und außen“

Eine große programmatische Rede des polnischen Ministerpräsidenten Kosciakowski

Im polnischen Sejm hielt gestern Ministerpräsident Kosciakowski zur Einleitung der zweiten Lesung des Staatshaushalts eine längere Rede. Er legte darin die bisherigen Arbeiten der Regierung zur Überwindung der Folgen der Wirtschaftskrise dar und begründete den von der Regierung vorgelegten Staatshaushalt.

Der wachsende Haushaltsdefizitbetrag, erklärte der Ministerpräsident, rief auf dem Gebiete der Staatsfinanzen ernsthafte Schwierigkeiten hervor, so daß

Die Erzielung des Gleichgewichts im Staatshaushalt die wichtigste Aufgabe war.

Dies wurde durch die Einführung einer außerordentlichen Verbrauchssteuer erreicht, die vor allem die Staatsbeamten belastet. Zugleich mit der Einführung neuer Steuern kurbelt die Regierung eine Ermäßigung der Lebenshaltungskosten in den Städten durch Senkung der Mieten etc. Herabsetzung im Mietvertragsgesetz an.

Nach Herstellung des Haushaltsgleichgewichts und Verteilung der sich daraus ergebenden Neubelastungen legte die Regierung in ihren Arbeiten besonderen Nachdruck auf weitere Entlastungen für die Landwirtschaft, es wurde eine Preislenkung der kartellierten Industrieartikel durchgeführt mit einer gleichzeitigen Herabsetzung der Eisenbahntarife. Die Arbeiten an einer Steuerreform wurden in Angriff genommen und die Bemühungen zur Entschärfung der Gemeindevormaltungen beschleunigt. Durch die Einführung einer Reihe von Ent-

lastungen für die breiteren Schichten des Volkes, und zwar für die Landwirtschaft, entstehen Möglichkeiten zur Belebung der gesamten wirtschaftlichen Betriebe.

Der Ministerpräsident stellte fest, daß durch diese Arbeiten und insbesondere dank der Beilegung des Haushaltsdefizitbetrages die Beunruhigenden Zeichen einer Schwächung des Vertrauens in die Festigkeit der wichtigsten Teile des Wirtschaftslebens im Schwindsen begriffen sind. Er verwies weiterhin auf die gute Lage der Notenbank und auf die bereits im Januar eingetretene beträchtliche Verringerung des Fehlbetrages im Staatshaushalt.

Zur innenpolitischen Lage

erklärte Ministerpräsident Kosciakowski, daß die jetzige Regierung die Ideen des Marschalls Piłsudski übernommen habe und fortsetzen werde. Die polnische Nation reife vor dem zehnten Jahre des vom Marschall im Mai 1926 eröffneten Aufbauabschnitts. Das vergangene Jahr sei der Arbeit an der Verfassungsänderung, dem Bau der Rechtsgrundlagen des Staates nach innen und seiner Autorität nach außen gewidmet gewesen. Die lebendige Verwirklichung der Verfassung, ihre Bindung mit der Gesamtheit des öffentlichen Lebens, Festigung der neuen Staatsordnung in der Psychologie der Massen, das seien die wahren Grundlagen und der wesentliche Inhalt der politischen Ziele der Regierung. Zwischen der Regierung und der Bevölkerung bestehe ein auf dieser Plattform ein einfaches Vertrauensverhältnis.

Danziger Nachrichten

Noch ein Greifer-Interview

Die Durchführung der Genfer Beschlüsse

Die polnische Presse druckt folgende Meldung der Pres-Agentur ab:

Senatspräsident Greifer hielt sich auf der Rückreise von Warschau nach Danzig einige Stunden in Warschau auf. Senatspräsident Greifer hat während seines Aufenthaltes die Warschauer Korrespondenten ausländischer Blätter empfangen und ihnen erklärt, der Senat werde im Laufe einer Woche politische Verhandlungen im Geiste der letzten Beschlüsse des Völkerbundes erlassen.

Wie stehen die Hafenerverhandlungen?

Warschauer Interviews

Das Deutsche Nachrichtenbüro veröffentlichte gestern den Bericht über ein Interview des Vertreters des „Pölkischen Beobachters“ in Warschau mit dem Danziger Senatspräsidenten Greifer: Es heißt darin:

Präsident Greifer äußerte sich ferner hoffnungsvoll über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen, insbesondere über die Ausnutzung des Danziger Hafens. Eine grundsätzliche Einigung in mengen- und wertmäßiger Aufstellung des polnischen Außenhandels sei erzielt.

Nun bringt der „Borposten“ gestern noch eine weniger hoffnungsvolle Version in Form eines Berichtes über Erläuterungen des Senatspräsidenten an Vertreter der deutschen Presse.

Nach der Warschauer Unterredung mit Gembel erklärte Greifer Vertretern der deutschen Presse, daß die Hafenerverhandlungen zwischen Polen und Danzig, die in der ersten Februarwoche unterbrochen worden waren, in absehbarer Zeit wieder aufgenommen und fortgeführt werden würden.

Staatssanktionsrat Dr. Koch war der Ansicht, daß sich beide Angeklagte des Hausfriedensbruchs und der Körperverletzung schuldig gemacht hätten. Doch lasse sich die Sachbeschädigung bei dem Angeklagten Haaf nicht aufrecht erhalten.

In dieser Mitteilung wird erklärt, daß die Hafenerverhandlungen derzeit unterbrochen und noch nicht so weit seien, um zu einer Einigung zu führen, daß sie vielmehr nur, wie erhofft wird, schließlich doch ein für beide Teile befriedigendes Ergebnis haben würden.

Die Stadt Neuteich muß zahlen

Das Obergericht entschied an Gunsten des Rektors von Blika

Der Zivilsenat des Obergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Rumpj fällte am gestrigen Montag das Urteil in der Vermögenssache des Rektors von Blika gegen die Stadt Neuteich. Bekanntlich war die Stadt Neuteich durch die Zivilkammer des Landgerichts zur Zahlung von 570 Gulden Schadenersatz verpflichtet worden.

Da eine ganze Reihe derartiger Prozesse gegen die Stadt Neuteich kauschanden haben, dürfte Neuteich bisher mehr als 10 000 Gulden als Ersatz für die Terrorakte zahlen müssen.

Der Verein zur Bekämpfung und Förderung Danziger hielt am Montagabend seine Jahreshauptversammlung ab. Der für das vorgesehene Jahre 1935 vorgesehene Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Hoffmann, zeigte die Tätigkeit des Vereins, die auf die Ausgestaltung des Fischenters Waldes, die Ausbesserung des Marktplatzes, die Einrichtung von Bedürfnisanstalten und die Anlage von Parkplätzen für Autos und Fahrräder gerichtet war.

lastung erteilt. Einige notwendige Ersatzwagen brachten keine wesentlichen Veränderungen. Im neuen Jahre will der Verein seine besonderen Bemühungen auf die Verbesserung des Platzes an der Kurve richten, wofür der Hauptteil der Ausgaben von 500 Gulden zur Verfügung stehen soll.

Tumult in einem jüdischen Geschäft

Geringe Geldstrafen

Am Freitag, dem 14. Februar, spielte sich in der Bäckergasse ein Vorfall ab, der ganz sicher nicht alltäglich sein dürfte. Zwei junge Leute betreten das Kaufhaus eines jüdischen Geschäftsmannes, stankardierten, warfen die Kaffe und Waren um, und wurden sogar gegen die Geschäftsinhaberin und deren Bruder tätlich.

Folgt man den Angaben der Angeklagten, so ist der Tumult durch einen Ramm entstanden.

Dieser Ramm will Haaf von einem Reisenden der Firma, bei der der Tumult inszeniert wurde, gekauft haben. Noch an demselben Tage fiel Haaf dieser Ramm auf die Erde und zerbrach. Durch Zufall kam ihm in dem gleichen Augenblick der Reisende in die Finger gelaufen. Dieser wollte den Schaden wieder gut machen und bot Ersatz an. Hierauf ging Haaf nicht ein, sondern verlangte, mit dem Lieferanten des Reisenden bekannt gemacht zu werden, um ihm seine Meinung sagen zu können.

Selbst die Ehefrau des Schauspielers ging in Trümmern.

Staatssanktionsrat Dr. Koch war der Ansicht, daß sich beide Angeklagte des Hausfriedensbruchs und der Körperverletzung schuldig gemacht hätten. Doch lasse sich die Sachbeschädigung bei dem Angeklagten Haaf nicht aufrecht erhalten.

Landgerichtsrat Prohl, der Schnellrichter, verurteilte Senger anstelle einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen zu einer Geldstrafe von 128 Gulden. Haaf, bei dem nach Ansicht des Schnellrichters kein Hausfriedensbruch vorliegt, weil dieser behauptet, er habe die Aufforderung zum Herausgehen überhört, wurde lediglich wegen Körperverletzung zu 30 Gulden Geldstrafe verurteilt.

Dieses Urteil dürfte bei keinem Geschäftsmann Verständnis finden; denn Handlungen, wie sie sich die beiden Angeklagten haben zuschulden kommen lassen, müssen das Vertrauen in die Sicherheitsverhältnisse einer internationalen Handelsstadt, wie Danzig sie sein will, schädigen.

Auch roter Terror?

Tödt in Bürgerweien

In der Nacht von Montag zu Dienstag, etwa um 1/2 Uhr, erschienen vor dem Hause Bürgerweien 8 drei angetrunkene Amtswalter in voller Uniform und stankardierten. Fortgesetzt rief man: „Du langer, roter Hund komm runter. Wir schnellen dir den Schlüssel ab!“ Nachdem man so eine Zeitlang stankardiert hatte, zog man ab, um nach etwa einer halben Stunde erneut vor dem Hause zu erscheinen und den Standa fortzusetzen.

Und in Neuteich

In der Werderstadt Neuteich hat der Terror während der Winternächte bekanntlich ganz besonders gewütet. Er hat der Stadt viel Geld gekostet, das man besser zur Unterhaltung notleidender Kinder verwendet hätte.

Das Risiko des Öfprehen-Dienstes

Die Folge der polnischen Eisenbahnmaßnahmen im Korridor eingetretene Indienststellung von wöchentlich drei Tammsen des Öfprehen-Dienstes zwischen Ewinemünde und Pillau erweist sich als eine recht kostspielige Angelegenheit für das Reich.

Im vorübergehenden Anlaufen von Renzfahrwerk hat man auf deutscher Seite wegen der in Dänemark zu entrichtenden Öfprehen-Gebühren, die außerordentlich hoch sind, ein Haar gefunden.

Noch einmal das Werder-Blättchen

Nur wenig bekannt ist in Danzig das Blättchen, das sich „Zwischen Weichsel und Rogat“ nennt und vom Kreisleiter der NSDAP und Landrat Andres verantwortlich gezeichnet wird. Es kriecht im Großen Werder sein kümmerliches Dasein und tritt nur dann in Erscheinung, wenn es an den Türen der Bewohner des Großen Werders bittend Einlaß begehrt.

Damit der Leser sich ein eigenes Urteil über den geistigen Horizont des Blättchens bilden kann, wollen wir wiederum einige Neuigkeiten aus der Februar-Nummer zitieren. Nachdem es eingehend und „erschöpfend“ Besprechungen auf den deutschen Nationalsozialismus gejunen hat, stellt es abschließend, was den Freistaat angeht, frank und frei fest:

„So mancher unserer Parteiprogrammpunkte ist erfüllt. Auch wir in Danzig wissen, daß eines Tages ein weiterer Programmpunkt seine Erfüllung finden wird, der den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland fordert.“

Nicht ohne Belang und wissenswert wäre es, zu erfahren, wie der für dieses Blättchen verantwortliche Zeichnende Kreisleiter Andres sich den zu gehenden Weg vorstellt.

Auch wir in Danzig wissen, daß eines Tages ein weiterer Programmpunkt seine Erfüllung finden wird, der den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland fordert. Kein Völkerbund und keine Verfassung oder gar ein hoher Kommissar werden auf die Dauer stärker sein als unsere deutsches Volkstum. Blut will zu Blut, und deshalb bis auf den Tag, an dem auch unsere Freiheitsstunde schlägt, die da heißt: Deutschland!“

In einem anderen Artikel ist das Blättchen der Meinung, daß das „Deutschtum Danzigs — ein Dorn im Auge des Völkerbundes“ ist. — Es glaubt, aus den Reden der Reichstagsmitglieder auf der Jannariaquana entnehmen zu können, daß das Deutschtum Danzigs bedroht sei, während es an anderer Stelle ausführt, daß das Deutschtum Danzigs wächst.

„Niemand mag zu bezweifeln, daß Danzig in einem elementaren Sinne deutsch ist; in der Verteidigung ihres Deutschums ist die Geschlossenheit der Danziger Bevölkerung wichtige Selbstverständlichkeit.“

Damit dürften sich weitere Erörterungen vorerst erübrigen.

Mit dem Wartegeld nicht zufrieden

Kriminalbeamte klagen gegen den Senat

Die Erste Zivilkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Rumpj verhandelte erneut in der Klagesache des Kriminalreferärs Romppa gegen Danzig. Der Kläger wurde durch den Rechtsanwalt Dr. Weise vertreten, für den Senat der Freie Stadt Danzig war Rechtsanwalt Dr. Fuchs erschienen.

In der gestrigen Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Dr. Weise für den Kläger die Verurteilung des Senats zur Zahlung der Differenzbeträge zwischen dem Wartegeld und dem früher bezogenen Gehalt. Hierbei führte er sich auf ein Gesetz vom 24. Mai 1881 und auf eine Verordnung vom 6. Februar 1936. Dr. Fuchs erklärte für den Senat, daß der Kläger die Wartzeit von sechs Monaten habe verstreichen lassen.

Der Bau eines Jesuiten-Gymnasiums wird, wie man in Gdingen hört, in diesem Frühjahr dort in Angriff genommen werden. Die Stadtverwaltung hat zu diesem Zweck dem Jesuitenorden ein Baugrundstück im Umfang von 170 Quadratmetern kostenlos aufgelassen mit der einzigen Verpflichtung, daß der Orden gehalten sein soll, für alle Zeiten je zwei von der Stadtverwaltung zu bestimmenden Schülern Stipendien zu gewähren.

Polizeigericht vom 18. Februar 1936. Festgenommen: 9 Personen, davon 3 wegen Diebstahls, 1 wegen Trunkenheit, 2 zwecks Festnahme, 3 aus besonderem Anlaß.

§ 130, Absatz 2

Eine Verhandlung vor dem Schnellrichter

Der 28jährige Schmiedegeselle Josef M. hatte am 18. Februar über den Dursch getrunken. Nach Hause kommend rief er in der Jungferngasse „Ich bin ein freier deutscher Bürger und kein Nazi“.

Nach einer geraumen Zeit hörte der SA-Mann Stroewe, der in seiner Wohnung saß, einen Ruf, durch den Hülfe nicht Gutes gewünscht wird. Er war nun der Ansicht, daß kein anderer als der Trunkene in Frage kommen könne, und holte die Polizei.

Die Arbeitsfront bei Schichau

Wie sie kassieren wollte

Auf der Schichauerwerft erschien dieser Tage ein Anschlag am schwarzen Brett, wonach in Zukunft — das Einverständnis der Betreffenden vorausgesetzt — die wahrscheinlich sehr spärlich einkommenden Beiträge für die Arbeitsfront vom Lohn abgezogen werden sollen.

Forster konnte auch nicht helfen

In den Köpfen mancher Danziger ist irrträglicherweise die Meinung vertreten, der nationalsozialistische Parteisekretär Forster sei hier irgendeine Amtsperson oder vertritt eine besondere Stelle.

Die Verkäuferin J. klagte am Donnerstag vor dem Arbeitsgericht die Danziger Milchzentrale auf Widerruf ihrer Kündigung. Als seinerzeit die Milchzentrale ihren Vertrieb aufnahm und dadurch einige Verkäuferinnen frei wurden, beschäftigte sie etwa sechs Verkäuferinnen als Arbeiterinnen weiter.

Es gab nun oft Reibereien zwischen den eigentlichen Arbeiterinnen, die nicht einsehen wollten, warum diese früheren Verkäuferinnen, obwohl sie bedeutend mehr verdienen, nicht auch alle Arbeiten leisten sollten.

Die Milchzentrale wollte nun eines Tages Personal abbauen und wandte sich zwecks Kamhaftmachung entsprechender Kräfte an den Vertrauensrat. Unter den jetzt Gefündigten befand sich auch die Klägerin.

Der Vertreter der Milchzentrale erklärte, obwohl die Klägerin schon von groben Arbeiten verschont blieb, weil sie sich selbst ihren Arbeitslohn abzukümmern. Das führte zu Reibereien.

Salfische Urkunde in einem Zivilprozeß verwandt

Es bleibt bei den 6 Monaten Gefängnis

Am 29. Oktober 1935 wurde der Richterrevisor Leo G. von dem Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Berufungsrichter eingelegt, die gestern vor der ersten Großen Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Baumann verhandelt wurde.

Der Angeklagte hat eine Reihe von Zivilprozessen geführt, die teils auf Streitigkeiten mit seiner Ehefrau in einem Scheidungsprozeß zurückzuführen sind, teils auf Auseinandersetzungen mit einem früheren Geschäftspartner herangezogen werden.

Trotz der recht lanwierigen und eingehenden Beweisaufnahme kam die Berufungskammer zu demselben Ergebnis, zu dem das Schöffengericht gekommen war. Das

Urteil lautete auch dahingehend und so wird der Richterrevisor die Gefängnisstrafe von sechs Monaten wegen Betruges antreten müssen.

Wieder ein ungetroener Amstisw aller

Bei der Schokoladenfabrik Saturn war der Chauffeur Hannemann beschäftigt. Plötzlich wurde er fristlos entlassen. Man erfuhr dann, daß er sich Verletzungen zugezogen kommen ließ, wodurch die Firma geschädigt wurde.

77 mal vorbestraft

In der Anklagebank des Amtsgerichts für Strafsachen stehen Helene Ros, 77 Mal vorbestraft und Nella Zimmelmeyer, 74 Mal vorbestraft. Sie sitzen seit dem 18. Januar in Untersuchungshaft und werden beschuldigt, einem Kavallerie Briefkasten mit 80 Pfund gestohlen zu haben.

Volksgemeinschaft!

Von dem Bernsteinwarenfabrikanten Eugen Friedrich in Joppot (Frau ist Jüdin) wurden neun Mädchen als Lehrlinge eingestellt. Am 9. Februar, ehe die vierwöchentliche Probezeit zu Ende war, entließ Friedrich die Mädchen wieder.

Herr Rat, da stimmt was nicht!

Eine Hausangestellte klagte am Donnerstag vor dem Arbeitsgericht gegen ihren Arbeitgeber auf Zahlung von 78 Gulden. Sie war am ersten Weihnachtstage an einer Halsentzündung erkrankt und begab sich nach Hause zu ihren Eltern, um sich zu Bett zu legen.

Nun legte die Klägerin aber ein ärztliches Attest vor, aus dem hervorging, daß nach der Schwere der Halsentzündung zu schließen, die Klägerin schon am 25. Dezember arbeitsunfähig war. Die Beweisaufnahme war also zuungunsten des Beklagten ausgefallen.

Schlachtviehmarkt in Danzig

Table with market prices for various types of livestock (cattle, pigs, sheep) in Danzig, including columns for animal type, weight, and price per unit.

Eisreiben auf der Stromweichsel

Der plötzlich eingetretene starke Frost hat Elege, Elbinger und Königsberger Weichsel zufrieren lassen, jedoch noch nicht so stark, daß Personen darüber verkehren können. Das Wasser war infolge des Baufriedens sehr stark gefroren.

Die Papiere sind sofort auszuhändigen

Drei Maurer hatten bei ihrer Entlassung nicht sofort ihre Papiere erhalten. Erst drei Tage nach der erfolgten Entlassung kamen sie in den Besitz der Papiere. Sie konnten nachweisen, daß ihnen dadurch eine andere Arbeit entgangen war.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: D. „Sport“, 18. 2. fällig, leer von Westküste Englands, für Bergense; finn. D. „Dore IX“, 18. 2. mit Gütern von Südamerika, für Bergense; finn. D. „Auro“, 16. 2. von Helsinki mit Gütern für Südamerika, für Bergense; norw. D. „Ara“, 19. 2. von Gdingen mit Gütern von Weimorwegen, für Bergense; dän. D. „Frankrig“, 17. 2. von Kopenhagen für Pam; poln. D. „Ciechan“, 19. bis 20. 2. fällig, für Pam; schwed. D. „Ewangen“, 18. 2. von Karlskrona, für Polso; dän. D. „Hjotland“, 18. 2. von Kopenhagen, für Polso.

Unser Wetterbericht

Wolkig, teils aufheiternd, dießig, mäßiger bis strenger Frost. Vorhersage für morgen: Wolkig, teils aufheiternd, dießig, aufziehende Südost- bis Ostwinde, mäßiger bis strenger Frost, tagsüber milder.

Frau vom Auto angefahren und mitgeschleift

Die 64 Jahre alte Ehefrau Anna Albrecht, Joppot, wurde von einem Auto angefahren und etwa 12 Meter mitgeschleift. Es gelang dem Fahrer des Autos infolge der Glätte nicht, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen.

Danziger Standesamt vom 15. Februar

Sterbefälle: Invalide Otto Schrader, 84 J. — Invalide Wilhelm Link, 84 J. — Sohn des Arbeiters Franz Scheidmann, 1 J. — Ehefrau Eva Schwabe geb. Labandt, 22 J. — Invalide Karl Kündel, 68 J. — Witwe Bertha Koppeler geb. Kachler, 91 J.

Standesamt Dliwa

Sterbefälle: Landwirt Anton Buchholz, 74 J. 8 M. — Konrektor Franz Dalba, 60 J. 1 M. — Bankbeamter Robert Pudorff, 95 J. 8 M. — Ehefrau Marie Seipold geb. Krone, 61 J. 10 M. — Witwe Marie Schwaldt geb. Drexling, 62 J. 7 M.

Danziger Langfuhr

Sterbefälle: Richter Karl Neumann, 48 J. — Ehefrau Johanna Eichwald geb. Kämmer, 79 J. — Ehefrau Franziska Toppa geb. Jonet, 59 J. — Buchhalterin Gertrud Meyer, 40 J. — Ehefrau Erna Kalesse geb. Kamin, 29 J. — Ehefrau Hedwig Krainik geb. Schlaß, 35 J. — Arbeiter Ernst Orzechowski, 41 J. — Ehefrau Johanna Byszyn geb. Janowski, 92 J. — Ehefrau ein Knabe, 5 Min. — Unehelich eine Totgeburt, männlich.

Verstorbene

In Not- und Privatbestattungen haben heute nacht in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, folgende Tote zur Bestattung: Dr. Blug, Sanftmutter 1. Tel. 23787; Dr. Schulz, Feiliger-Gelb-Gasse 13L, Tel. 31075.

Unfall auf der Schichauerwerft. Bei dem Stellanbau für den Tankschiff-Neubau auf der Schichauerwerft ist der Schiffszimmerer Otto Hinz aus etwa sechs Meter Höhe abgestürzt. Der Verunglückte wurde mit einem Rippenbruch und inneren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft.

Im Jüdischen Theater, Breitgasse 83, hat der Charakterdarsteller S. Glowinski heute seinen Ehrenabend. Aufgeführt wird „Die grünen Felsen“. (Siehe auch Inserat.)

Wasserstandsrichten der Stromweichsel

Table showing water level changes at various points along the Vistula river (Stromweichsel) for the dates 17.2.18.2. and 17.2.15.2.

Gisbericht der Weichsel vom 18. Februar 1936

Von Korabniki (11m. 684) bis zur Mündung Eisreiben in ganzer bzw. zwei Drittel Strombreite. Eisabtrieb in See langsam. — Die Dampfzähren sind in Betrieb.

